



Noch in diesem Monat will der Deutsche Bundestag das „Gesetz zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls“ verabschieden. Das Civitas Institut protestiert mit aller Entschiedenheit gegen diesen Eingriff in das grundgesetzlich verbürgte Erziehungsrecht der Eltern. Das neue Gesetz ist verfassungswidrig und hat die Verstaatlichung der Kinder nach dem kommunistischen und nationalsozialistischem Modell zum Ziel.

-

Das geplante neue Gesetz verschafft dem Staat Eingriffsmöglichkeiten in das Erziehungsrecht, die weit über die bestehenden hinausgehen. Es ermöglicht den Familiengerichten zum angeblichen ‚Wohl des Kindes‘ Eltern das Sorgerecht zu entziehen, ohne das zuvor der Nachweis elterlichen Versagens erbracht werden muß. Das Sorgerecht der Eltern ist künftig schon dann bedroht, „wenn ihre Erziehungsvorstellungen von denen staatlicher Behörden abweichen“ (FAZ vom 20.02.2008). Im Gesetzentwurf heißt es: „Sobald eine Gefahr für das körperliche, geistige und seelische Wohl eines Kindes entdeckt wird und die Eltern ‚nicht gewillt oder in der Lage sind, die Gefahr abzuwenden‘, hat das Gericht Maßnahmen dagegen zu treffen“ (FAZ).

Christliche Eltern, die ihren Glauben ernst nehmen und ihre Kinder zu guten Christen erziehen, werden zweifellos von diesem Gesetz betroffen werden und künftig in Konflikt mit staatlichen Behörden geraten.

Das Argument, dieses Gesetz sei notwendig um den sich häufenden Mißbrauch von Kindern zu verhindern, ist nichts anderes als Augenwischerei. Wenn dies wirklich das Ziel es Gesetzes wäre, hätte man die Mitarbeiter in Jugendämtern, die für die Betreuung gefährdeter Familien zuständig sind, nicht verringert, sondern erhöht. Es geht um nichts anderes als um die

Ausdehnung staatlicher Allmacht hin zu einem totalen Staat und die liberalistische Gleichschaltung des deutschen Volkes von Kindesbeinen an.

Wer jetzt nicht gegen diesen staatlichen Zwang protestiert, wird in wenigen Jahren erleben, wie staatliche Organe vor seiner Türe stehen und die Kinder in Erziehungsheime verschleppen.

**Schreiben Sie jetzt an Ihren Bundestagsabgeordneten und protestieren Sie gegen dieses Gesetz. Das Gesetz ist nicht nur verfassungsfeindlich, sondern verstößt auf brutale Weise gegen das vorstaatliche natürliche Sittengesetz.**

Ihren Abgeordneten im Bundestag finden Sie hier:  
<http://www.bundestag.de/mdb/wkmap/index.html>